

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengepaltene Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 600 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2.

Dienstag, den 4. Januar 1921.

28. Jahrgang.

Der stinkende Sumpf!

Von Tag zu Tag enthüllt das deutsch-nationale Verleumdungsgewerbe schamloser und dreister sein widerliches Antlitz. Der Essener Prozeß ist ein Musterbeispiel: Zwei sozialdemokratische Minister, Hänisch und Seering, werden ohne den Schatten eines Beweises verurteilt, Waggonen mit Lebensmitteln verschoben zu haben. Vor Gericht stehen die Verleumder um Gnade und verstehen sich zu einem Vergleich, der sie moralisch vernichtet, worauf ihnen die Strafe geschenkt wird. Die deutsch-nationale Presse aber lügt prompt, die sozialistischen Minister hätten sich zu dem Vergleich bequemt, weil ihre Sache schlecht gestanden hätte. Und da es mit einer Verleumdung noch nicht genug ist, so folgt Verleumdung zwei: Die Angeklagten hätten ganz recht gehabt, nur hätten sie den Minister Hänisch mit dem Minister Heine verwechselt. Als Genosse Heine darauf diese neue Verleumdung brandmarkt und ihre Nichtigkeit nachweist, erklärt die „Deutsche Tageszeitung“ jählich: Heine hätte ja ganz recht, wenn er seine Ehre verteidigt, aber es ließe sich nun einmal nicht vermeiden, daß eine Anzahl sozialdemokratischer Führer zu Unrecht verdächtigt würden; denn die Korruption sei in der Sozialdemokratie so groß, daß eine Vermutung der Unredlichkeit gegen jeden Sozialdemokraten bestehe.

Damit dürfte wohl die reaktionäre Schamlosigkeit ihren Gipfel erklimmen haben: In Wirklichkeit ist keinem einzigen Führer der Sozialdemokratie irgend eine ehrenrührige Handlung, irgend eine unrechtmäßige Bereicherung nachgewiesen worden. Festgestellt ist dagegen, daß die deutsch-nationale Presse fortgesetzt das Blaue vom Himmel herunterläßt, um den Glauben an eine weit verbreitete Korruption zu nähren. Wir greifen nur ein Bündel solcher gerichtslich festgestellter Lügen heraus: Frau Ebert und Frau Koste hätten das Silberzeug der kaiserlichen Jagd „Hohenzollern“ gestohlen; Reichspräsident Ebert betrinke sich und schwelge in üblen Nachtlokalen; seine Nichte trete als Klatttänzerin auf; Scheidemann habe 25 Millionen nach der Schweiz verschoben; er habe Möbel gestohlen; die sozialdemokratischen Minister insgesamt hätten sich ihr Gehalt statt in Papier in Gold auszahlen lassen usw. usw. Diese und Duzende von ähnlichen Behauptungen sind von der reaktionären Presse ganz systematisch in die Öffentlichkeit geschleudert worden, um die sozialdemokratischen Führer zu schmähen und um das Vertrauen des Volkes zu bringen. Natürlich haben „Unabhängige“ und Kommunisten zur Verbreitung dieser Lügen wader beigetragen. Und nun behauptet jeder gewissenlose Ehrabschneider, wenn er gefragt wird: seine Behauptung sei zwar nicht wahr, aber es werde doch so viel behauptet, daß man es ihm nicht übel nehmen könne, wenn er gerade einmal einen Fallchen verdächtigt habe. Wenn es heute noch Verleumdungen gibt, die nicht gerichtlich festgestellt sind, so liegt es daran, daß die vielbeschäftigten sozialdemokratischen Staatsmänner einmal nicht Zeit haben, jedem Schmierfinken nachzulaufen, der sie mit Schmutz bewirft und dann davon rennt, und daß mancher auch so denkt wie unser verstorbener Karl Legien, der auf die Aufforderung, einen besonders frechen Verleumder zu verklagen antwortete: „Ich habe nie geklagt und werde es auch diesmal nicht tun. Mit solchem Gefindel stelle ich mich freiwillig nicht einmal vor Gericht!“

Wie die systematische Ehrabschneidererei betrieben wird, dafür liefert die „Kreuzzeitung“ neue Beispiele. Die Stadt Hannover hatte dem Oberbürgermeister Genossen Reinert eine Anzahl Jahre, die er als Arbeitersekretär tätig war, als Dienstjahre für sein Amt angerechnet. Darüber freilich die „Kreuzzeitung“ als den Gipfelpunkt aller Korruption, als ein Muster schamlosester Bereicherung der Genossen usw. In Wirklichkeit liegt ein ganz harmloser und keineswegs seltener Fall vor, wie selbst bürgerliche Blätter feststellen. So schreibt die „Kölnische Zeitung“:

„Es ist auch früher ganz selbstverständlich gewesen, daß, wenn der Staat einen besonders tüchtigen Menschen im reiferen Alter für sich zu gewinnen wünschte, er ihn durch Erhöhung seiner Pensionsberechtigung für das entschädigte, was er an Entschädigungsansprüchen aus seiner früheren Stellung aufgab. Das alles sind keine „Erfindungen der Revolution“, sondern wurde im kaiserlichen Deutschland genau so gehandhabt.“

Und das Blatt erinnert daran, daß auch dem Hiesigen Payer die Jahre seiner Rechtsanwaltschaft bei Ueberrahme seines Postens auf die Pensionsberechtigung angerechnet wurden. Ebenso weist das „Berliner Tageblatt“ darauf hin, daß in dem Dienstvertrag für die Angestellten bei der Reichs- und preussischen Gemeindeverwaltung im § 6 die Anrechnungsmöglichkeit früherer Tätigkeit in Kriegsorganisations- oder Privatunternehmungen, ja sogar freier wissenschaftlicher, künstlerischer oder sonstiger selbsttätiger Betätigung ausdrücklich vorbehalten wird. Und dieser Vertrag ist nun in Bremen abgeschlossen worden, die nach aus der wilhelminischen Zeit stammen.

Das Wort- und Korruptionsgeschrei der „Kreuzzeitung“ stellt sich demnach als ganz gewöhnliche, demagogische Ehrabschneidererei heraus. Es muß scharf betont werden, daß in diesem Punkte die „große“ Presse der Deutsch-nationalen auch nicht einen Dent höher steht als die schäblichen Winkelblätter. Und dann lese man in deutsch-nationalen „Kost“ wahlbede-

Betrachtungen wie die, daß die Deutschen ein Volk ohne festgewurzelt nationales Empfinden seien. Ein anderes Volk wäre durch die fortgesetzten Drohungen und Demütigungen seitens seiner Feinde längst zu einem „Block von Stahl“ zusammengeschweißt worden. Das soll sich natürlich gegen die Sozialdemokratie richten. Aber solches Geschrei steht wahrlich einer Partei gut zu Gesicht, welche die Ehrabschneidererei und die bewußte lügnerrische Verdächtigung des politischen Gegners im Inlande zum System erhoben hat. Mit kaltem Blut den Gegner wider besseres Wissen unehrenhafter Handlungen beschuldigen und im gleichen Atemzuge über Mangel an nationalem Einheitsempfinden jammern, — das kann fürwahr nur ein Deutsch-nationaler fertig bekommen.

Ein Brief aus Amerika.

Genosse Ernst Kühnel, der seit 40 Jahren in der Gewerkschafts- und Parteibewegung steht und ein genauer Kenner der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten ist — er hat seinen Wohnsitz im Staate Wisconsin — schreibt in einem Privatbriefe an einen ihm befreundeten hiesigen Genossen:

Es wird hier immer klarer, welches Verbrechen am deutschen Volke begangen wurde und noch wird. Der sogenannte „Hoover Drive“, der 13 Millionen Dollars zur Speisung der Kinder und Mütter aufbringen will, findet die verdiente kühnste Unterstützung; selbst Wilson hat sich herbeigelassen, zur Rettung der Jugend Deutschlands einige Worte zu veröffentlichen. Das legt allerdings aller Heuchelei die Krone auf! Was nützen alle Sammlungen, alle Privatwendungen, die gewiß mit Freuden gegeben werden, wenn einem verhungerten Volke immer und immer wieder die noch verbliebenen Substanzmittel abgefordert werden? Wäre es da nicht eher am Platze, wenn der „Menschenfreund“ Wilson im Weißen Hause energisch gegen eine solche Auslegung des Friedensvertrages, der ja hauptsächlich ihm zu verdanken ist, und den er bis zur Stunde in allen seinen Teilen verteidigt, Einspruch erheben würde? Aber der Mann ist so von seiner Vortrefflichkeit und seiner Unfehlbarkeit überzeugt, daß er lieber als Wortbrüchiger, Heuchler und menschliche Bestie vor der Welt dasteht, als daß er zugibt, von den Diplomaten der alten Welt über den Dösel barbirt worden zu sein. Ich für mein Teil bin der Ansicht, daß er aus voller Ueberzeugung zu allem Ja und Amen gesagt hat. Wie man dazu kam, ihm den Nobelpreis als Friedensstifter zuzusprechen, ist eines der Rätsel, an denen die gegenwärtige Zeit so reich ist. Ich bin der Ueberzeugung, daß es gar nicht lange währen wird und die brit. Kommission wird sich ihres Beschlusses schämen; die zukünftigen Preisträger werden ein Teil des berechtigten Zweifels mittragen müssen, der ihm jetzt anklebt.

Anstatt Frieden zu stiften, hat er den Keim für zukünftige Kriege der Welt aufgeschloßt; anstatt die Welt vom Militarismus zu befreien, hat er den Vereinigten Staaten immer neue Künftungen aufgeschwungen. Erst gestern wurde bekannt, daß unser Marinesekretär neue Forderungen für den Bau von Super-Torpedojägeren stellt; er verlangt für die nächsten drei Jahre 3 neue Schlachtschiffe, 1 Schlachtkreuzer, 30 leichte Kreuzer, 8 Kanonenboote, 18 Super-Zerstörer und 18 Unterseeboote. Das Programm ist nach seiner Ansicht für die nationale Sicherheit notwendig, außer wir schließen uns einer Verbindung der Weltmächte an, die den Frieden garantiert. Wie aber das amerikanische Volk von dieser geplanten Weltfriedensliga denkt, hat ja die letzte Präsidentenwahl zur Genüge gezeigt. Glänzender ist wohl noch nie ein Präsident resp. seine Partei, die für seine Politik verantwortl. gehalten wird, desanoriert worden. Freilich spielte auch seine innere Politik, die Unterdrückung aller konstitutionell garantierten Freiheiten, eine große Rolle; aber hätte nicht der letzte Kongreß eine demokratische Mehrheit, und hätte dieselbe nicht zu jedem Schritt ihre Zustimmung gegeben? Das Lösungswort bei der Wahl war die Befreiung Wilsons und alles, was unter seinem Namen ging. Das Volk war fertig mit ihm und seiner Partei — es folgte der alten Regel, von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Als ob ein vernünftig denkender Wähler überhaupt für ein Uebel stimmen würde! Daß unter solchen Umständen nicht auf Erfolg einer dritten Partei zu hoffen war, läßt sich denken. Zum Ueberflus war es nicht möglich, die fortschrittlich gestimmten Elemente unter einem Hut zu vereinen. Die bürgerlichen Elemente hielten sich an den Plattform-Punkten der Arbeiter und Farmer, die in vielen Fällen viel radikalere waren, als die der Sozialisten, von denen sich ihre Führer während des Krieges losgelagert hatten. In alledem kam noch ein unbekannter Faktor: das Frauenvotum. Ich will mich nicht des weitern über die Wahl anlassen; hier in Milwaukee erhielten wir Sozialisten eine gefalgene Niederlage. Berger, den wir während des Krieges in den Kongreß gewählt hatten, dessen Wahl aber vom Kongreß nicht anerkannt wurde, weil ein Urteil von 20 Jahren Bundesgefängnis gegen ihn stand, der aber bei einer anberaumten Neuwahl mit noch größerer Mehrheit gewählt und zum zweiten Male abgewiesen wurde — Berger wurde geschlagen. Und außerdem verloren wir das County — kein Sozialist wurde für ein Countyamt (Kreisamt) gewählt. Trotzdem hat das sozialistische Votum sich auf etwas über 2000000 erhöht. Meyer London von Kenosha, der im vorletzten Kongreß gegen den Krieg stimmte, ist der einzige Sozialist im nächsten. Der nächste Kongreß hat eine solche Parteilichkeit, wie sie noch niemals da war. Wird die republikanische Partei sie mit Borst und Weiser gebrauchen?

Die Wahlkampagne wurde auf die Frage der Völkerliga geführt. Der logische Gegenkandidat Wilsonscher Politik wäre Senator Johnson von Kalifornien gewesen, der auch vom Volk als solcher angesehen wurde. Statt dessen erhielt Harding von Ohio die Nomination. Was hinter den Kulissen bei der republikanischen Nationalkonvention in Chicago vor sich ging, ist natürlich nur gewissen Kreisen bekannt. Harding als Senator machte wenig von sich reden; er war eine „Mediocrity“, ein Durchschnittssenator, der selbst dem fortschrittlichen Flügel seiner Partei feindlich gegenüber stand. Eine New Yorker Wochenchrift, sagte, er werde der kapitalistischen Entwicklung freien Lauf lassen, weil er sie nicht verstehe, und er hätte seine Wahl Wilson zu verdanken, der ihm das Amt in den Schoß warf. Während des Krieges bezürwortete er eine Diktatur Wilsons, wie die „Newport Times“ seinerzeit in großer Platizität auf der ersten Seite bekannt gab. Doch soll ihm das nicht höher angerechnet werden, als der großen Mehrzahl seiner Kollegen, die alle von der Kriegshysterie befallen waren und nicht wagten, der Administration zu opponieren. Nun auch zugestanden werden, daß sich die Kampagne nur um den Teil des Friedensvertrages drehte, welcher die Völkerliga behandelte und Amerika Verpflichtungen auferlegte, die es nicht zu übernehmen willens ist, und daß das eigentliche Nachwerk von Versailles wenig erwähnt wurde, so hat sich Harding doch geäußert, daß er den ganzen Friedensvertrag mißbillige, daß amerikanische Truppen am Rhein nichts zu suchen hätten usw. Natürlich würde durch Zurückziehen amerikanischer Truppen Deutschland eine kolossale Summe sparen, aber an ihre Stelle würden möglicherweise umso mehr „farbige Kulturträger“ von seitens Frankreichs treten. Interessant ist, daß ein französischer General, der auf seiner Agitationsreise auch Milwaukee besuchte, jede Schandtat der Senegalener usw. leugnete, sie als Truppe, welche Achtung verdiene, hinstellte, während das Staatsdepartement doch einzelne Schandtaten ausnahmsweise zugab. Bezeichnend ist, daß, während die deutsch-amerikanische Presse sich eingehend mit den Zuständen im Besetzungsgebiet beschäftigt, die englische Presse alles totschweigt.

Wie sich die kommende Administration mit dem internationalen Problem abfinden wird, muß abgewartet werden. Die Erfahrung lehrt, daß man auf Wahlversprechungen nicht zu sehr bauen darf. Bis zu seiner Amtseinführung am 4. März will sich der neu gewählte Präsident mit dem Studium der Frage beschäftigen und zu diesem Zwecke die verschiedenen Gruppen anhören, um deren Ansichten zu prüfen. Aber auch mit den inneren Verhältnissen steht er einer harten „Kuß“ gegenüber: die Hoffnungen, welche man hier hegte, daß Handel und Industrie nach dem Kriege einen neuen Aufschwung nehmen würden, sind dahin, denn Europa ist bankrott; nur langfristige Kredite ermöglichen, den Handel fortzuführen. Die Kriegspreise lassen sich nicht aufrechterhalten. Die vorhandenen Vorräte — und es wurde in der Hoffnung auf starke Nachfrage planlos produziert — können nur mit Verlust auf den Markt gebracht werden. Die Folge ist Einstellung der Produktion, Arbeitslosigkeit, Lohnherabsetzungen (bis zu 30 Prozent). Selbst die Farmprodukte sind in diesen Niedergang einbezogen, obgleich doch eine große Nachfrage in Europa ist. Die Farmereinigungen, welche mit den festgesetzten Kriegspreisen nicht zufrieden waren und 3.— Dollars pro Bushel als Preis festgelegt wissen wollten, mit der Rückhaltung der Ernte drohten, müssen jetzt mit Preisen zufrieden sein, die tatsächlich ihre Selbstkosten nicht decken. Sie haben ihre fetten Jahre wohl hinter sich.

Angeichts dieser Lage ist es wohl zu verstehen, daß unsere Industriellen vor allem eine Einstellung der Feindseligkeiten mit Sowjet-Rußland wünschen; denn dort soll noch „Gold“ vorhanden sein. Aber hier geraten wir unserem Freunde John Bull ins Gehege, welcher zuerst für sich zu sorgen strebt, und auch Japan. Der Abschluß von Konzessionen, die ein gewisser Vanderbilt mit Lenin abschloß, die Mineral- und Oelrechte Sibiriens betreffend, haben böses Blut erregt; ebenso das Uebereinkommen zwischen Harriman und der Japag, welches den Dampferverkehr zwischen Deutschland und den überseeischen Ländern neu beleben soll. Andererseits haben aber auch wir mit England ein Hüdnchen zu plündern, da es alle Gebiete, in denen sich Oelquellen befinden, unter seine Kontrolle zu bringen versucht; erst vor kurzem richtete unser Staatssekretär eine Note nach London, in der er über die Aneignung der Oelrechte Mesopotamiens Protest erhebt. Es wird immer klarer, was von Sozialisten der ganzen Welt behauptet wurde: der Krieg hatte wirtschaftliche Urjaehen — was übrigens auch Wilson in einem lichten Augenblicke in St. Louis während der Kampagne eingestand.

Mittlerweile wendet sich die Masse der Bevölkerung der Vereinigten Staaten immer mehr von England ab. Redner, welche England zu verteidigen suchen, werden unterdröcken oder können nicht zum Worte kommen; der Bogen ist überspannt und beginnt zu brechen. Die englische Flagge wurde bei verschiedenen Gelegenheiten in New York mit Gewalt entzerrt, denn die dortige irische Bevölkerung ist nicht so geduldig wie die deutsche und hat in der Politik ein Wort mitzusprechen, so daß sie sehr vorsichtig behandelt werden muß. Zu viele Redner ziehen von Ort zu Ort, um die Wirklichkeit Englands und seine Brutalitäten seit Jahrzehnten an den Franger zu stellen; ebenso ziehen sie das Bild ihrer Heimat Schildern. Man beginnt sich allmählich von der Fessel Loszulassen, welche die Sprachgemeinschaft dem Lande auferlegte. Die Erzählungen unferer zurückgekehrten Truppen über die Arroganz der Engländer, über die moralische Verkommenheit Frankreichs öffnen gar manchem die Augen. Werke, wie „How it can be told“ (Nicht kann es gesagt werden. Red.) von Gifford, der seine von der Feindzeit unterdrückten Aufträge veröffentlicht,

von Dillon „The Inside Story of the Peace Conference“ (Die nicht veröffentlichte Geschichte der Friedenskonferenz. Red.) usw. gehören jetzt zu den gelehrtesten unserer öffentlichen Bibliotheken. Aber immer noch ist der Korruptionsfonds Englands und Frankreichs in den englischen Zeitungen zu lesen.

Ein französischer Vorstoß in das Maintal?

Die „New Yorker Tribune“ erfährt aus Paris, Marichall Foch plane nicht eine Besetzung des Ruhrgebietes, sondern einen Vorstoß in das Maintal, um Bayern von Nordwestdeutschland abzuschneiden.

Die Notenschwemme.

Die Herren Diplomaten diesseits und jenseits des Rheins legen den Krieg in Noten fort. Wie ein Gewitterregen prasseln sie auf die gequälten Völker hernieder. Heute ist der Andrang besonders groß, so daß man sich der Luft kaum noch zu erwehren vermag.

Das Auswärtige Amt in Berlin hat den Vorsitzenden der internationalen Ueberwachungskommission für das Landbesitz eine neue Note zugehen lassen. In der Bezug genommen wird auf die Note der Entente vom 28. Dezember, Nr. 1288, die Beschwerte darüber führt, daß der Kontrollkommission bisher nicht die Verfügungen aller deutschen Länder über die Aufhebung der Sicherstellungspolizei

zugegangen seien. Das Auswärtige Amt bemerkt nun, daß die Kommission seit längerer Zeit alle Verfügungen zugegangen seien, mit Ausnahme von Baden, Württemberg und Bremen, daß es nach in diesen Ländern die Sicherstellungspolizei seit August aufgehoben worden. Das Auswärtige Amt bemerkt ferner, daß die Beschwerte die gegenwärtige Ordnungspolizei gegründet ist, in gemeinsamer Beratung mit den Vertretern der Kontrollkommission angeordnet worden ist. Die gegenwärtige Ordnungspolizei ist nicht anders als die in der ersten Note erwähnte Polizei des Jahres 1918, bei deren Organisation nur insofern Veränderungen eingetreten seien, als die von den alliierten Regierungen vorgeschriebene Organisation und Ausführung es mit sich brachte. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie sich bei der Aufhebung der Sicherstellungspolizei an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Noten vom 22. Juni und 10. August 1919 gehalten hat. Sie wolle den Fortschritt der Organisation in der betreffenden Form als unüberwindlich berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten in Berlin haben am 21. Dezember folgende Note an die Alliierten Friedenskommission in Paris geschickt: „Unter dem 4. Dezember 1919 haben die Alliierten eine Note überliefert, in der die deutsche Regierung aufgefordert wird, die Sicherstellungspolizei zu heben.“

Es ist eine sehr interessante Note, die die deutsche Regierung an die Alliierten geschickt hat. Sie enthält eine sehr ausführliche Erklärung über die Aufhebung der Sicherstellungspolizei. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie sich bei der Aufhebung der Sicherstellungspolizei an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Noten vom 22. Juni und 10. August 1919 gehalten hat. Sie wolle den Fortschritt der Organisation in der betreffenden Form als unüberwindlich berücksichtigen.

Die im Reichsministerium und im Reichstag von Herrn Reichsminister Graf Hertling

ist erfüllt habe. In einer ausführlichen langen Erklärung der deutschen Regierung wird auf alle in der französischen Note erwähnten Punkte eingegangen und bei jedem Punkt eingehend nachgewiesen, daß erwiderte Deutschland entgegen der Angaben in der französischen Note keinen unvollständigen Bescheidener nachgegeben ist, aber daß in einzelnen Punkten eine gewisse Erfüllung erreicht worden ist. Wenn die französische Regierung in der Note vom 21. Dezember behauptet, daß die Aufhebung der Sicherstellungspolizei nicht erfolgt sei, so ist dies eine unrichtige Behauptung. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie sich bei der Aufhebung der Sicherstellungspolizei an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Noten vom 22. Juni und 10. August 1919 gehalten hat. Sie wolle den Fortschritt der Organisation in der betreffenden Form als unüberwindlich berücksichtigen.

Das Abstimmungsreglement für Oberösterreich

Die im Reichsministerium und im Reichstag von Herrn Reichsminister Graf Hertling ist erfüllt habe. In einer ausführlichen langen Erklärung der deutschen Regierung wird auf alle in der französischen Note erwähnten Punkte eingegangen und bei jedem Punkt eingehend nachgewiesen, daß erwiderte Deutschland entgegen der Angaben in der französischen Note keinen unvollständigen Bescheidener nachgegeben ist, aber daß in einzelnen Punkten eine gewisse Erfüllung erreicht worden ist. Wenn die französische Regierung in der Note vom 21. Dezember behauptet, daß die Aufhebung der Sicherstellungspolizei nicht erfolgt sei, so ist dies eine unrichtige Behauptung. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie sich bei der Aufhebung der Sicherstellungspolizei an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Noten vom 22. Juni und 10. August 1919 gehalten hat. Sie wolle den Fortschritt der Organisation in der betreffenden Form als unüberwindlich berücksichtigen.

schleffens geboren sind, aber dort seit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkte ununterbrochen wohnen, 4. in außerhalb Oberösterreichs wohnende Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiet durch die deutschen Behörden nicht behauptet haben. Diese Einteilung, sagt das Wahlreglement, erfolgt mit Rücksicht auf die Aufstellung der Stimmlisten je nach der Art der Ausweise, die die Stimmberechtigten zum Nachweis ihrer Berechtigung zur Eintragung in die Stimmlisten vorzulegen haben.“

Jeder Stimmberechtigter soll in der Gemeinde abstimmen, in der er am 1. Oktober anlässlich war oder, wenn er nicht im Abstimmungsgebiet anlässlich ist, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Die „Ausgewiesenen“ stimmen in der Gemeinde ab, in der sie anlässlich waren, als sie aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen wurden.

Die Wahlzeit und Zeitdauer des Reglement, daß die Wahlzeit am 1. Januar 1920 die internationale Kreisgrenzen konstituieren, am 1. Januar 1920 die vormaligen Gemeindeauschüsse für die Wahlzeit in die Stimmlisten zu lassen beginnt. Am 1. Januar 1920, 9 Uhr abends, ist Schluß der Eintragungszeit, am 1. Januar 1920, 9 Uhr abends, ist Schluß der Eintragungszeit, am 1. Januar 1920, 9 Uhr abends, ist Schluß der Eintragungszeit.

Die Wahlzeit und Zeitdauer des Reglement, daß die Wahlzeit am 1. Januar 1920 die internationale Kreisgrenzen konstituieren, am 1. Januar 1920 die vormaligen Gemeindeauschüsse für die Wahlzeit in die Stimmlisten zu lassen beginnt. Am 1. Januar 1920, 9 Uhr abends, ist Schluß der Eintragungszeit, am 1. Januar 1920, 9 Uhr abends, ist Schluß der Eintragungszeit, am 1. Januar 1920, 9 Uhr abends, ist Schluß der Eintragungszeit.

Rückgabe des deutschen Eigentums in England.

Der deutsche Botschafter in London, Graf Hertling, möchte im Verlauf der letzten Zeit im Auswärtigen Amt einen Besuch bei dem britischen Botschafter in Berlin machen. In diesem Zusammenhang wurde das Abkommen unterzeichnet, das die Rückgabe von englischen Eigentum in Deutschland seit Januar 1917 des Friedensvertrages und vollständig gemacht, mit dieser Angelegenheit zusammenhängende Fragen regelt. Ferner wird in diesem Vertrag die Freigabe von Haushaltsgegenständen und anderem Besitz von britischen Untertanen in England geregelt. Die Rückgabe an die deutschen Untertanen erfolgt dann, wenn die Engländer einen gewissen Betrag nicht überlegen. In gewissen Fällen wird den Deutschen gestattet, bei den Briten Eigentum ihres bürgerlichen Eigentums Angebote zu machen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Reichsminister Konferenz. In Berlin wurde heute bekanntlich schon seit längerem eine Konferenz der Reichsminister abgehalten. Sie ist zu einem Zustand gekommen, der den Erwartungen entspricht, mit dem die Regierung rechnen muß. Eine schon seit längerer Zeit in dieser Sache bestehende Krise hat nunmehr durch den Bescheid, daß man sich ein neues Parlament wählen, was die endgültige Klärung der Reichsminister Konferenz, die Entscheidung eines Reichstages und einer Reichsversammlung bedeutet, die sich über die Reichsminister Konferenz im Reichstag abhalten wird, einen Ausweg gefunden. Die Reichsminister Konferenz hat die Reichsminister Konferenz im Reichstag abhalten wird, einen Ausweg gefunden. Die Reichsminister Konferenz hat die Reichsminister Konferenz im Reichstag abhalten wird, einen Ausweg gefunden.

Die Reichsminister Konferenz. In Berlin wurde heute bekanntlich schon seit längerem eine Konferenz der Reichsminister abgehalten. Sie ist zu einem Zustand gekommen, der den Erwartungen entspricht, mit dem die Regierung rechnen muß. Eine schon seit längerer Zeit in dieser Sache bestehende Krise hat nunmehr durch den Bescheid, daß man sich ein neues Parlament wählen, was die endgültige Klärung der Reichsminister Konferenz, die Entscheidung eines Reichstages und einer Reichsversammlung bedeutet, die sich über die Reichsminister Konferenz im Reichstag abhalten wird, einen Ausweg gefunden. Die Reichsminister Konferenz hat die Reichsminister Konferenz im Reichstag abhalten wird, einen Ausweg gefunden.

den einen Festtag feiern. Es versteht sich von selbst, daß der Chef des Landespolizeiamtes, der seine Aufgabe ernst nimmt, sich nicht viel Freunde, aber umso mehr Feinde schafft. Trotzdem ist und bleibt es ein Skandal, daß Bald der Rache des Hermes zum Opfer fallen konnte.

Verhandlungen mit den Eisenbahnern. Der Ober-Ausschuß der unterzeichneten Verbände erläßt folgenden Aufruf an die Eisenbahner: Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen der Eisenbahnorganisationen sind am gestrigen Montag ausgenommen worden und werden am Mittwoch, dem 5. Januar, im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. Die Regierung hat ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, innerhalb gewisser Grenzen alles Mögliche zu tun, um die Notlage der Beamten- und Arbeiterschaft zu beheben. Die Regierung ist nun gewillt, die Verhandlungen mit allen Kräften zu beschleunigen und in Benehmen mit den Ländern so rasch wie möglich eine Vorlage an den neuen Reichstag zu bringen, der sie gleichfalls vorzugsweise beratschlagen wird. Wir fordern sämtliche Eisenbahner auf, das Zustandekommen befriedigender Vereinbarungen nicht zu fördern und deshalb Aktionen zu unterlassen. Mühe es zu solchen kommen, so ruhen die unterzeichneten Organisationen rechtzeitig dazu auf. Ueber die Verhandlungen wird, sobald positive Ergebnisse feststehen, eingehend berichtet werden.

Keine Kabinettskrise in Bayern. Die „Münchener Abendzeitung“ schreibt: Es wird allen Ernstes außerhalb Bayerns in führenden politischen Blättern die Nachricht verbreitet, daß es wegen der Einwohnerwehrrage zu einer bayerischen Ministerkrise komme, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr zurücktreten und die bayerische Volkspartei mit ihrem Mitglied, dem deutschen Reichstagsabgeordneten in Paris Herr Dr. Mayer, wegen der Kabinettsbildung in Verhandlungen treten werde. Alle diese Behauptungen sind lediglich nur Vermutungen, die schon deswegen keine Grundlage haben können, als überhaupt noch keine Entscheidung der Einwohnerwehrrage seitens der Entente gefallen ist.

Keine politische Nachrichten. Zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem österreichischen Bundespräsidenten Hainisch fand zum Jahreswechsel ein Telegramm-Austausch statt. Am Neujahrstage wurden von linksradikaler Seite in München Flugblätter angeheftet, durch welche die Reichswehrsoldaten zur Bildung revolutionärer Soldatenräte aufgefordert werden. Soweit möglich, wurden die Angehörigen polizeilich entfernt. Silberstein sollte die Leiche des kommunistischen Rechtsanwalts Dr. Lamp, der bekanntlich an freiwilligem Hungerstreik in einer Heilanstalt gestorben ist, unter Begleitung seiner Anhänger vom Eisenfelder Volkshaus aus nach dem Bahnhof gebracht werden, um nach Hagen in Westfalen zur Einäscherung übergeführt zu werden. Kurz zuvor hatte jedoch die Staatsanwaltschaft die gerichtliche Bestimmung der Leiche angeordnet, da von Freunden Lamp ausgeht worden war, daß er vergiftet worden sei. Die Leiche wurde infolgedessen statt nach dem Bahnhof nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

Die französische Sandikalienblatt „La Gazette“ hat mit dem 31. Dezember aufgehört, eine Tageszeitung zu sein. Es wird künftig nur noch halbmöndlich erscheinen. An seiner Stelle gibt der Allgemeine Arbeiterverband A. G. L. eine neue Tageszeitung heraus, die den Namen „Le Peuple“ führt. In der Krim ist ein Tataren-Aufstand ausgebrochen. Wie der „Daily Express“ aus Konstantinopel berichtet, läßt er in Batum die Käterregierung ausgerufen werden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

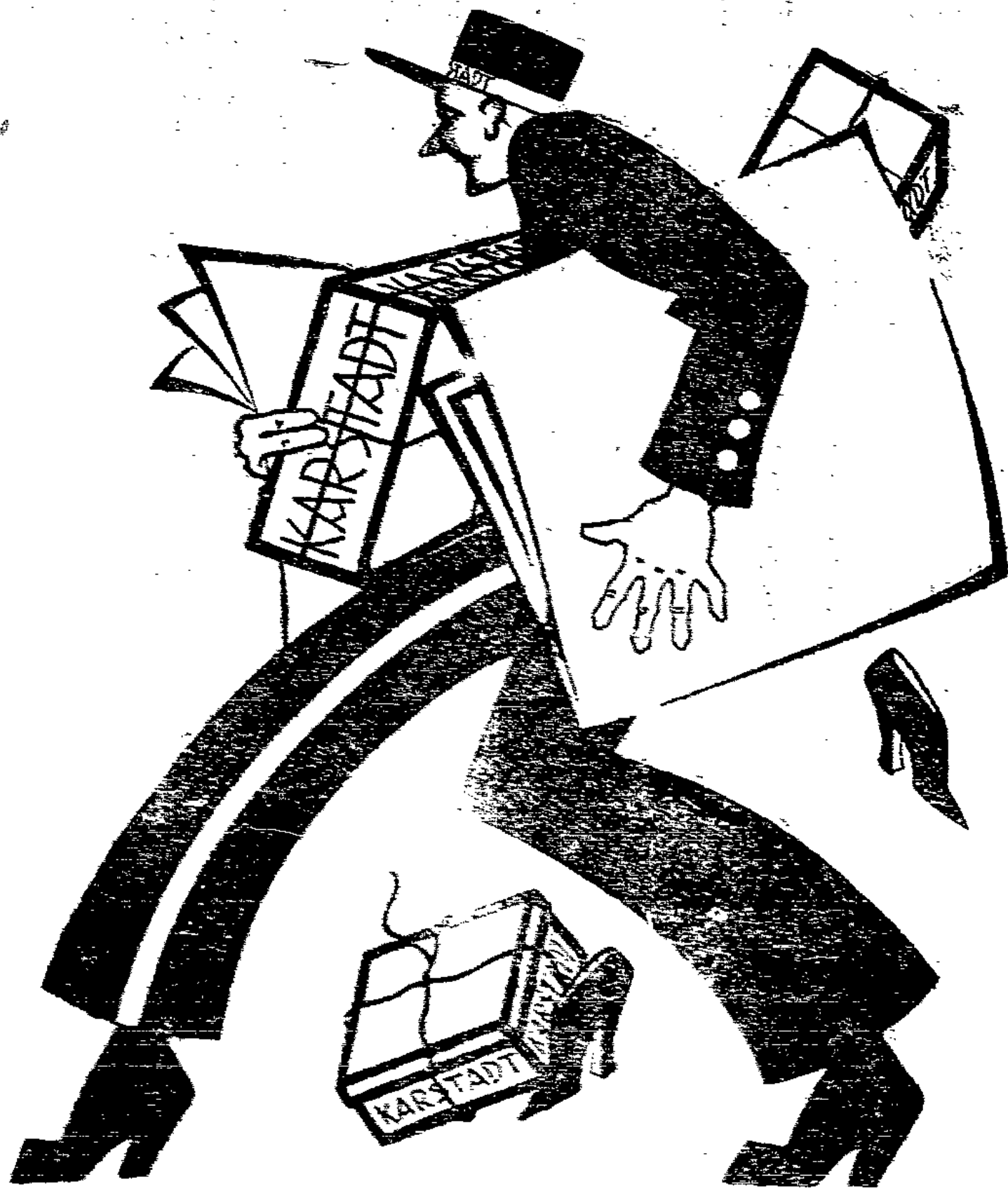
Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden. Die Gefahr eines Hafenarbeiterausstandes in New York, der Montag beginnen sollte, ist im letzten Augenblick abgewendet worden.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 4. Januar.

Wohlfahrtsvereine in der Angestellten-Versicherung.

Man überlegt uns: Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist weiterhin bemüht, über die dort vorhandenen Möglichkeiten bestehende Mängel zu beheben. Die Mängel bestehen zu einem Teil auf den ungenügenden Gehältern, die einen gewissen Versicherungsbetrieb kaum ermöglichen, zum anderen Teile aber darauf, daß das Direktorium nicht imstande gewesen ist, eine planmäßige Verwaltung einzuführen. Es kann sein, daß in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte keine genaue Übersicht über den tatsächlichen Stand der Angehörigen besteht, so daß die entsprechenden Maßnahmen nicht rechtzeitig getroffen werden können.



Seit 6 Jahren
 der erste ♦ große ♦ vollständige

Inventory

Ausverkauf

mit ganz gewaltigen Warenmengen und
 aussergewöhnlich billigen Preisen vom

5. bis 19. Januar

Beachten Sie die kommenden Preis-Inserate

Karstadt
 Lübeck

Betriebsrätezentrale
 A.D.G.B. - A.F.A.
 Lübeck.

Sitzung
des Vollzugsrats
 am Mittwoch, 5. Jan.,
 abends 7 1/2 Uhr.
 Zu dieser Sitzung wird
 hiermit gleichzeitig der Ge-
 fenbetriebsrat eingeladen.
 Vollzähliges Erscheinen
 aller Beteiligten ist unbed-
 dingt notwendig. (11998)
 Der Vorstand.

Arb.-Samariter-Kolonie.
 (11991)

Konstituierende
Versammlung

am Mittwoch, 5. Januar,
 abends 7 1/2 Uhr. (11991)
 bei Fr. Lender, Dudenstr. 41.
 Das Arbeiter-Sport-Kartell.



Arb.-Radf.-Bund Solidarität
 Mitgliedschaft Lübeck.
 (11988)

Generalversammlung.

am 5. Januar, 7 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus.
 Wegen Wichtigkeit der
 Tagesordnung vollzähliges
 Erscheinen erforderlich.
 Der Vorstand.

Preis-Skat

Mittwoch 7 1/2 Uhr
Gänge- u. Fleißprelle.
 Fr. Altmann,
 (11969) Sadomast. 11 a.

Hodermann

Jed. Mittw. u. Sonnab.
 ab 4 Uhr nachm.:
Ortra-Konzert.
 2 Kapellen. (12008)
 Eintritt frei.

Hodermann
 8 1/2 Uhr
 (12008)

Guido Herfer
 und das große
Januar-Programm.

Hansa-Theater

Konts (Ab. Serie II) 7 1/2:

Der fidele Bauer.
 Operette in 3 Akt. v. Fall.

Mittwoch (Ab. Ser. II) 7 1/2:

2 x 2 = 5.

Satyrspiel in 4 Akten
 von Gustav Wied.

Donnerstag 7 1/2: 11976

Schwarzwaldmädel.

Stadtheater Lübeck.

Dienstag. Buchst. C u. 10.

Rezit. im Opern-Abonn.

Udine. 7.30 Uhr.

Mittwoch Buchst. B u. 11.

Rezit. I. Opern-Abonnem.

(Singspiel von Fr. L. Land

u. Hamburg. Stadtheater)

Edelis. 7.30 Uhr.

Donnerstag. Weihnachtm.

Pops der Wig. 8 Uhr.

Uda. 7.30 Uhr.

Schub. A u. 11. Buchst. im

Opern-Abonnement.

Freitag. Buchst. A u. 11. Buchst.

im Schausp. Abonnem.

Seitens Verisung. 7.30.

Kolosseum.

Winter Abend

7.30 Uhr. (11964)

Reptilien - Geflügel -

Tanz - Gesellig.

Preis: 2,-, 1.50,- u. 1,-



man
fasse zu!

Eine Kaufgelegenheit
wie sie günstiger nicht
gedacht werden kann

Inventur- Ausverkauf im HOLSTENHAUS Lübeck

Beginn Mittwoch, d. 5. Januar

Beachten Sie unsere Schaufenster
und die Waren auf den Auslagetischen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Vereinigte Kommunistische Partei
(Sekt. d. Komm. Internationale.)

Gr. öffentl. Volksversammlung

am Mittwoch, dem 5. Januar 1921
abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Thema:

Wer zersplittert die Gewerkschaften

Referent: Gen. Lindau-Hamburg

Arbeiter erscheint in Massen!

Die Gewerkschaftsvorstände und

Angestellten sind ganz besonders

eingeladen!

Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pfg. erhoben

Bund der ehem. Volkswehr Lübeck.

Am Donnerstag, dem 13. Januar 1921
abends 7/8 Uhr: (11968)

Große Vollversammlung

in den Zentralhallen.

Es Erhalten aller Bundes-Angehörigen ist dringend erforderlich.

Der Vorstand. I. A.: G. Bux.

Konzerthaus Lübeck

Jeden (11986)
Sonntag
Anf. 4 1/2 Uhr
Mittwoch
Anf. 6 1/2 Uhr
Großer Ballabend

LUISENLUST

Morgen Mittwoch: Tanzkränzchen.

Samen fest. (11987)

15. Januar:

Großer Preis-Maskenball.

Leset die Arbeiter-Jugend

Jugend der Arbeiterschaft, raff dich aus
Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere
auf die Zeitschrift der Jugend!
Sie vertritt Deine Interessen,
bringt anregende Artikel aus allen Gebieten
des Wissens und der Jugendbewegung, ist
reich illustriert. Sie ist die größte und ver-
breitetste Jugendzeitschrift, erscheint zwei-
mal monatlich, der Bezugspreis beträgt
2,- M. vierteljährlich, einzeln 60 Pfg. Zu be-
stellen bei allen Postämtern, Buchhand-
lungen oder direkt beim Verlag der

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstraße 3.

In einer Stunde vertilgen Garantie Kopf, Fü-
ße unter Garantie und Kleider
f. Brust, Waaren, Hüfte bei Men-
u. Tier, „Goldsch“, a. gesch. W. Mund
unschädlich. Verkauf nur Feiler (11988)
H. Wiese, Regidienär. 4. Postverl.

Von Internationaler Bibliothek

sind wieder vorrätig:

- C. Marx, Kapital, I. Band 25.-
- „ Theorien über den Mehr-
wert, II 11.-
- „ Theorien über den Mehr-
wert, III 10.50
- Simon, Gesundheitspflege d. Weibes . . . 12.-
- A. Bebel, Die Frau u. der Socialis-
mus 15.-
- A. Bebel, Was meinen Sie, 3 Bände, 42.-
- Friedr. Engels, Der Ursprung der
Familie 10.50

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 14.